



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Markus Walbrunn, Rene Dierkes, Dieter Arnold** und Fraktion (AfD)

### **Meinungs- und Pressefreiheit schützen! Politische Instrumentalisierung der Justiz beenden**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich uneingeschränkt zur Meinungs- und Pressefreiheit als Basis der freiheitlich demokratischen Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland.

Der Landtag bekennt sich uneingeschränkt zum Recht der Bürger der Bundesrepublik Deutschland die Regierung und den Staat zu kritisieren.

Der Landtag verurteilt jede Instrumentalisierung der Behörden im politischen Meinungskampf.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass das Rechtssystem, insbesondere das Straf- und Sicherheitsrecht, dem Schutz der Meinungsfreiheit dient und nicht dem Schutz der Herrschenden vor Kritik. Hierfür soll die Staatsregierung auf Landesebene eine Reform aller relevanten bayerischen Gesetze und Verordnungen sowie aller behördlichen Weisungen und Richtlinien für eine Liberalisierung des Rechtssystems zugunsten der Meinungs- und Pressefreiheit vorbereiten.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass Reformen eingeleitet werden, um das Rechtssystem zugunsten der Meinungs- und Pressefreiheit zu liberalisieren.

### **Begründung:**

Am 7. April 2025 wurde der Herausgeber und Chefredakteur des Deutschland-Kuriers zu einer Bewährungsstrafe wegen eines angeblich verleumderischen Memes, das offensichtlich satirischer Natur war, verurteilt. Dieser Fall ist besonders erschütternd, da das streitgegenständliche Meme das Verhältnis der Bundesministerin des Inneren und für Heimat Nancy Faeser zur Meinungsfreiheit kritisierte.

Dieser Fall zeigt, dass sich die Meinungs- und Pressefreiheit sowohl auf europäischer Ebene wie auch auf den Ebenen der Bundesrepublik und des Freistaates erheblichen Angriffen ausgesetzt sieht. Dies führt zu einem fortlaufenden Vertrauensverlust der Bürger der Bundesrepublik Deutschland und des Freistaates in die demokratischen Institutionen des Landes. Dieser Eindruck wird nicht nur durch zahlreiche innerdeutsche Umfragen gestützt, sondern auch von Beobachtungen unserer amerikanischen Verbündeten. Der Vizepräsident der USA JD Vance äußerte im Zuge seines Besuches der Münchner Sicherheitskonferenz seine Besorgnis darüber, dass die Meinungsfreiheit in Europa immer stärker eingeschränkt wird. Die Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit gefährdet damit nicht nur die Demokratie in Europa und Deutschland, sondern auch unsere Sicherheit, da JD Vance unmissverständlich erklärte, dass die USA nur bereit seien, ein Europa, welches die Meinungsfreiheit respektiert, zu verteidigen.

In den letzten Jahren wurden zahlreiche Normen erlassen, welche die Meinungs- und Pressefreiheit erheblich einschränken. Hinzu kommt ein neues, sehr aggressives und gegen die Meinungsfreiheit ausgerichtetes Verständnis der Straf- und Sicherheitsbehörden, aber auch der übrigen Verwaltung und von Teilen der Richterschaft, über die Auslegung der einschlägigen Normen.

Aufgrund des inzwischen toxischen Zusammenspiels von EU-Richtlinien, Bundes- und Landesgesetzen sowie einer politisierten Behördenlandschaft, erscheint eine umfassende Reform des Meinungsäußerungsrechts als unumgänglich. Der institutionalisierte Kampf gegen die Meinungs- und Pressefreiheit hat inzwischen derartige Ausmaße angenommen, dass nur einige Problemfelder exemplarisch aufgezeigt werden können.

Wegen des § 188 Strafgesetzbuch gehören Hausdurchsuchungen bei regierungskritischen Personen zur Tagesordnung in der Bundesrepublik Deutschland. Erinnert sei hier auch an die skandalöse Hausdurchsuchung aufgrund des sogenannten Schwachkopf-Memes, welches die Kompetenz des Bundesministers für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck infrage stellte. Hier wurde die Wohnung eines Vaters und seiner unter Trisomie 21 leidenden Tochter in den Morgenstunden gestürmt. Ein Vorgehen, das nach Einschätzung fast aller Juristen vollkommen unverhältnismäßig war, inzwischen aber Alltag in Deutschland ist.

Auch gewöhnliche sicherheitsrechtliche Bestimmungen werden inzwischen zum Kampf gegen unliebsame Meinungen genutzt. Behörden verweigern beispielsweise unbescholtenen Bürgern aufgrund von immigrationskritischen Äußerungen und regierungskritischer politischer Aktivität waffenrechtliche Erlaubnisse.

Reformbedarf gibt es jedoch nicht nur im Strafrecht und Sicherheitsrecht. Auf Basis einer EU-Richtlinie ernannte die Bundesnetzagentur die sogenannte Meldestelle Respect! zum sogenannten Trusted Flagger (vertrauenswürdigen Hinweisgeber). Dies räumt einer NGO mit einer offen zur Schau gestellten politischen Agenda erhebliche Macht im öffentlichen Meinungskampf ein.

Allgemein muss festgestellt werden, dass die politische Klasse unter dem Motto „Kampf gegen Hass und Hetze“ inzwischen einen organisierten Kampf gegen unliebsame Meinungen und den politischen Gegner organisiert hat. Hierbei werden bewusst undefinierbare Begriffe wie „Hass“ und „Hetze“ verwendet, um den politischen Gegner dadurch in Unsicherheit zu halten.

Bayern muss im Kampf für die Meinungs- und Pressefreiheit eine Vorreiterrolle einnehmen. Harte Regierungskritik ist die Basis einer jeden Demokratie. Daher ist es notwendig, dass der Landtag sich ohne Vorbehalt zur Meinungs- und Pressefreiheit bekennt. Der Freistaat täte gut daran, nicht wie viele Vertreter der EU-, Bundes- und Landespolitik die Kritik unserer amerikanischen Verbündeten an unserem derzeitigen System zur Einschränkung der Meinungsfreiheit einfach abzutun. Die USA sind die Wiege der modernen liberalen Demokratie. Das sehr liberale amerikanische Verständnis von Meinungsfreiheit hat die am längsten bestehende und erfolgreichste Demokratie der Weltgeschichte hervorgebracht. Daher sollte sich unser System an diesem liberalen Verständnis von Meinungs- und Pressefreiheit orientieren und nicht am zurzeit herrschenden repressiven linken Zeitgeist, der versucht, abweichende Meinungen zu verbieten. Es ist unumgänglich, dass umgehend Reformen eingeleitet werden, welche die Meinungs- und Pressefreiheit stärken.